

**Ein Jahr nach Beginn des Mandats als Mitglied des Europäischen Parlaments:
Joachim Streit stellt die Höhepunkte seiner Arbeit im Europäischen Parlament vor**

Vollständiges EP-Profil [hier](#)

Dieses Dokument gibt einen Überblick über die wichtigsten Tätigkeiten in Ausschüssen, Delegationen, Plenartagungen, interfraktionellen Arbeitsgruppen und darüber hinaus.

- 1. Stabilität, Effizienz, Sicherheit und Wachstum durch Eigenverantwortung*
- 2. Die Kenntnis der Örtlichkeit ist die Seele des Dienstes*
- 3. Konstitutionelle Fragen*
- 4. Krisenvorsorge ist eine Frage der Verantwortung*
- 5. Deutscher Wein-Sektor vor neuen Herausforderungen*
- 6. Kanada: besser der 28. EU-Mitgliedstaat sein als der 51. Staat der USA*
- 7. Aufbau internationaler Partnerschaften*

1. Stabilität, Effizienz, Sicherheit und Wachstum durch Eigenverantwortung

Haushaltsausschuss

Joachim Streit ist Vollmitglied dieses Ausschusses.

Seine Position kann mit folgenden Worten wieder aufgenommen werden: „Solide Finanzen sind kein Selbstzweck. Sie sind die Grundlage für Vertrauen, Souveränität und Zukunftsfähigkeit unseres Kontinents.“

Für den aktuellen und künftigen EU-Haushalt steht Joachim Streit gegen eine Schuldenunion und für eine glaubwürdige Haushaltspolitik.

[Plenarrede](#) von Joachim Streit über „**Ein neu gestalteter langfristiger Haushalt für die Union in einer Welt im Wandel**“

Europa darf sich nicht in einer Abhängigkeit von zusätzlichen Schulden begeben. Stattdessen brauchen wir eine solide Finanzplanung und klare Prioritäten, um Stabilität zu gewährleisten.

[Plenarrede](#) von Joachim Streit über die **Vorstellung des Jahresberichts 2023 des Rechnungshofs**

[Plenarrede](#) von Joachim Streit über den **Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2025 – alle Einzelpläne**

Joachim Streit ist **Hauptberichterstatter für den Bericht über den Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Änderung der Satzung der EIB**. Mit einer Bilanz von rund 600 Milliarden Euro und jährlichen Emissionen von ca. 60 Milliarden Euro ist die EIB die größte multilaterale Entwicklungsbank der Welt und ein strategisches Instrument der EU. Seiner Meinung nach, „Die Stärke der EIB liegt nicht in ihrer Größe, sondern in der Klarheit ihres Mandats, der Qualität ihrer Projekte – und der Verlässlichkeit ihrer Strukturen.“

[Plenarrede](#) von Joachim Streit über die **Änderung der Satzung der EIB**

Als **ständiger Berichterstatter für die Europäische Investitionsbank (EIB)** im Haushaltsausschuss legt Joachim Streit besondere Wert auf eine klar ausgerichtete, wirtschaftlich fundierte Rolle der Bank.

Konkret für die Endbegünstigten und die Menschen vor Ort bedeutet dies:

- Besserer Zugang für KMU und strukturschwache Regionen
- Vereinfachung darf nicht auf Kosten von Transparenz und Rechenschaft gehen

Standpunkt zur Ausweitung des EIB-Mandats:

- Neue Aufgaben, ob in Verteidigung, Digitalisierung oder Wohnbau, müssen wirtschaftlich tragfähig sein
- Klare Risikoprüfung, Investitionskriterien und Kapitalpuffer sind unverzichtbar

Darüber hinaus ist Joachim Streit der **Verfasser der Stellungnahme zu der Finanztätigkeit der Europäischen Investitionsbank – Jahresbericht 2024**. Eine solche Rolle setzt eine sorgfältige Ausübung von Kompromissen voraus, die den gemeinsamen Standpunkt des EP

umfasst und schmiedet. [Plenarrede](#) von Joachim Streit über die **Finanztätigkeit der Europäischen Investitionsbank – Jahresbericht 2024**

Joachim Streit hat die **EIB** persönlich besucht, um einen Überblick über die EIB-Projekte zu erhalten und die künftige EIB-Politik zu erörtern. Seine Hauptprioritäten in diesem Zusammenhang sind Bonität zu sichern und Effizienz zu wahren:

- Die AAA-Bonität ist Grundlage für günstige Finanzierung. Jede Schwächung erhöht Kosten, mindert Wirkung.
- Der Erhalt dieser Solidität hat oberste Priorität.
- Die EIB darf keine nationalen Haushaltsaufgaben übernehmen, Subsidiarität muss gewahrt bleiben
- Wir fordern ein interinstitutionelles Abkommen mit dem Europäischen Parlament – für mehr Transparenz, Rechenschaft und Bürgervertrauen

Weitere wichtige Dossiers, an denen Joachim Streit als Schattenberichterstatter im Haushaltsausschuss gearbeitet hat:

Bericht zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zwecks Hilfeleistung für Österreich, Polen, Tschechien, die Slowakei und Moldau im Zusammenhang mit Überschwemmungen im September 2024 und für Bosnien und Herzegowina im Zusammenhang mit Überschwemmungen im Oktober 2024.

Bericht über den Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zur Leistung von Hilfe für Deutschland und Italien im Zusammenhang mit Überschwemmungen im Jahr 2024.

Haushaltspolitische Bewertung zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Stärkung der polizeilichen Zusammenarbeit bei der Prävention, Aufdeckung und Untersuchung von Schleuserkriminalität und Menschenhandel und zur Verstärkung der Europol geleisteten Unterstützung bei der Prävention und Bekämpfung dieser Straftaten sowie zur Änderung der Verordnung (EU) 2016/794.

Als Fortsetzung seines Engagements für die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit der EU plant Joachim Streit einen Arbeitsbesuch **bei Europol und Eurojust** in Den Haag.

Im Rahmen seines Engagements gegen die Unregelmäßigkeiten im EU-Haushalt **hat Joachim bereits das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung**, allgemein bekannt als **OLAF**, **besucht, um die Methoden zur Bekämpfung von Betrug zum Nachteil des EU-Haushalts zu erörtern.** Er setzt sich für die Entwicklung von Rechtsvorschriften und Strategien zur Betrugsbekämpfung ein. Zu den Amtskollegen, mit denen er zu diesem Thema zusammenarbeitet, gehören europäische Staatsanwälte und Vertreter der **Europäischen Staatsanwaltschaft.**

Darüber hinaus hatte Herr Streit im Oktober 2024 einen individuellen offiziellen [Besuch bei der Asylagentur der Europäischen Union](#) (EUAA) in Malta. Auf diese Weise konnte er mehr über die Arbeitsmethoden der EUAA und die aktuellen Herausforderungen erfahren.

2. Die Kenntnis der Örtlichkeit ist die Seele des Dienstes

2. Ausschuss für regionale Entwicklung

Joachim Streit ist als stellvertretendes Mitglied in diesem Ausschuss tätig.

Er ist Schattenberichtersteller von Renew Europe für die Stellungnahme des REGI-Ausschusses zum **Bericht „Ein überarbeiteter langfristiger Haushalt für die Union in einer Welt im Wandel“**. Die wichtigsten Punkte, die MdEP Streit in den endgültigen Text eingebracht hat:

1. Größere Rolle der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften, umfassende Konsultation. Wir fordern, dass sie in allen Phasen des Entscheidungsprozesses im Zusammenhang mit der Kohäsionspolitik, von der Konzeption über die Programmierung bis hin zur Umsetzung und Überwachung, umfassend einbezogen werden. Anfrage an die Kommission, einen direkten Mechanismus für den direkten Zugang der kommunalen, lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zu Finanzmitteln zu entwickeln. (Medien zufolge prüft die Europäische Kommission diesen Vorschlag für den neuen MFR ernsthaft.)

2. Bessere Vorbereitung auf Katastrophen. Es ist wirtschaftlich viel sinnvoller, in Vorsorge und robuste Infrastruktur zu investieren, als die Reparationen zu finanzieren, ganz zu schweigen vom Wert der Leben, die während der Katastrophen verloren gehen.

3. Beachtung der Subsidiarität und kategorischer Widerstand gegen jeden Zentralisierungsversuch, wenn es um die Verteilung der EU-Mittel geht.

4. Bekämpfung von Korruption und Missbrauch von Geldern und Verringerung des Verwaltungsaufwands. Europäische Kommission soll die Verwaltungsbehörden bei der Nutzung des ARACHNE-Instruments unterstützen, um eine effiziente und wirksame Verwendung der EU-Mittel zu gewährleisten.

5. Ausreichende Sichtbarkeit und Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die EU-Regionalförderung. Für die potenziellen Begünstigten ist es von wesentlicher Bedeutung, leicht auf die Informationen über die Finanzierungsmöglichkeiten der EU zuzugreifen.

6. Das Potenzial des Neuen Europäischen Bauhauses (NEB) bei der Umgestaltung der Bereiche und Infrastrukturen.

Unsere Dörfer und Städte fit für die Zukunft machen

Joachim Streit hat dem Europäischen Parlament eine öffentliche Anhörung zur Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der künftigen Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften zur regionalen Entwicklung vorgeschlagen.

Herr Streit ist der Ursprung dieses Projekts mit dem Titel „ZUKUNFTS-CHECK DORF“, das seit 2014 in Betrieb ist – „[ZUKUNFTS-CHECK DORF](#)“. Dieses Projekt half den Kommunen, ihre eigenen Schwächen und Stärken zu analysieren, um sich auf die Entwicklung eines Aktionsplans für die zukunftsorientierte Entwicklung im Einklang mit dem EU-Recht vorzubereiten.

Dies beinhaltet die Erstellung von Dorfentwicklungskonzepten: Vorstellungen darüber, was getan werden muss, um bestehende oder anstehende Herausforderungen wie aufgebene

Infrastruktur, fehlende Infrastruktur, Alterung, schlechter Zustand des Gebäudegefüges oder fehlende soziale Dienste zu bewältigen.

Joachim Streit ist bereit, seine Erfahrungen mit seinen Kollegen im REGI-Ausschuss zu teilen und darüber nachzudenken, wie sich Dörfer und kleine städtische Gebiete vor dem Hintergrund neuer Herausforderungen im Zusammenhang mit der Bevölkerungsalterung, Energiekosten, extremen Wetterbedingungen, Überschwemmungen und Brandgefahren, demografischem Wandel, medizinischen Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung usw. auf die Zukunft vorbereiten. In dieser Anhörung könnte auch analysiert werden, wie bereit die lokalen Gebietskörperschaften für die Gesetzesänderungen der EU sind und welche Unterstützung die EU den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften leisten kann, um die Entwicklungsziele so weit wie möglich zu erreichen.

Annäherung der Kommission an Bitburg und den Eifelkreis

Als Mitglied des REGI-Ausschusses setzt sich Herr Streit für eine starke Einbeziehung der regionalen, lokalen und kommunalen Gebietskörperschaften in die Formulierung der EU-Regionalfonds ein. Er ist der Ansicht, dass solche Behörden Protagonisten und keine einfachen Vermittler der Regionalpolitik sein sollten. Sie sollten die Grundlage für die Programmierung der EU-Regionalfonds bilden.

Daher hat er die Rückmeldungen der Eifelkreis-Behörden in ein Strukturpapier eingeholt, um sie dem für Kohäsion und Reformen zuständigen Exekutiv-Vizepräsidenten der EU, Kommissar Raffaele Fitto, zu übermitteln.

Was findet man im „Strukturpapier zur europäischen Kohäsionspolitik für ländliche Räume. Eifelkreis. Bitburg-Prüm“?

- Besonderheiten (soziale, geografische, infrastrukturelle) und Entwicklungsbedarf Rheinland-Pfalz (Eifelkreis), Grenzüberschreitende Dimension.
- Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Existenz der EU-Mittel und ihre Sichtbarkeit.
- Zugänglichkeit der EU-Mittel: Digitalisierung, Fristen, Dauer der Projektgenehmigung, bürokratischer Aufwand, Finanzierungsbedingungen.
- Situation mit Wohnraum. Potenzial für die Nutzung des neuen Europäischen Bauhauses, um alte oder verlassene Gebäude zu sanieren und sie lebensfähig zu machen.

Darüber hinaus hat Joachim Streit den Kommissar Fitto und die Kollegen der GD REGIO eingeladen, um ihnen u.a. folgende Projekte zu zeigen:

- 1. Housing Bitburg als bedeutendes Konversionsvorhaben für die Stadt Bitburg sowie den gesamten Eifelkreis Bitburg-Prüm*
- 2. Holzmodulschule des Regino-Gymnasiums Prüm*
- 3. Sankt-Salvator-Basilika Prüm als Beispiel für ein LEADER-Vorhaben*

Von seiner eigenen Region starten

Joachim Streit ist davon überzeugt, dass das EU-Neue Bauhaus ein großes Potenzial für die Wohnräume hat. Es gibt alte Infrastrukturen, die als neuer Wohnraum saniert werden können. Ein sehr gutes Beispiel in Deutschland, das sich dafür qualifiziert - die alte Militärbasis in Bitburg: Es kann sehr gut renoviert werden, um eine soziale Infrastruktur zu werden. Es würde potenziell Hunderte von Familien beherbergen - was Hunderte von Arbeitsplätzen, mehr Bürgerbeteiligung und mehr wirtschaftliche Aktivität bedeuten würde.

Aufgrund der Bedeutung dieses Themas nahm er im April 2025 an der Anhörung des EP über die Entvölkerung teil.

Besuchergruppen stellen für Joachim Streit eine wichtige regionale Dimension dar. Er trifft sich regelmäßig mit deutschen Bürgern aus Rheinland-Pfalz. Der Kontakt zur lokalen Bevölkerung und die Diskussionen über die regionalen Entwicklungen, die sie beeinflussen, ermöglichen es Joachim, wertvolles Feedback zu ihren Anliegen zu sammeln. Hunderte von ihnen besuchten ihn im ersten Mandatsjahr im Europäischen Parlament in Brüssel und in Straßburg. Während dieser Besuche haben sie die Erfahrungen von Joachim Streit aus erster Hand und sein Engagement gelernt, *lokal in lokalen Fragen zu handeln und global in globalen Fragen zu gehen*. Solche Besuche bereichern auch das Wissen in seiner Region über die Entscheidungsfindung in Brüssel.

Über lokale Bedürfnisse laut sprechen

[Plenarrede](#) von Joachim Streit über die Verbesserung der Umsetzung der Kohäsionspolitik durch die Halbzeitüberprüfung zur Erreichung einer soliden Kohäsionspolitik nach 2027

[Plenarrede](#) von Joachim Streit über die verheerenden Überschwemmungen in Mittel- und Osteuropa, der Verlust von Menschenleben und die Bereitschaft der EU, auf solche durch den Klimawandel verschlimmerten Katastrophen zu reagieren

[Plenarrede](#) von Joachim Streit über die Maßnahmen der EU gegen russische Schattenflotten und Sicherstellung einer vollständigen Durchsetzung der gegen Russland verhängten Sanktionen

[Plenarrede](#) von Joachim Streit über die Europäische Bürgerinitiative „Kohäsionspolitik für die Gleichstellung der Regionen und die Erhaltung der regionalen Kulturen“

3. Konstitutionelle Fragen

Joachim Streit ist Stellvertreter im Ausschuss für konstitutionelle Fragen

Eine seiner Rollen ist die Arbeit als Renew Europe Schattenberichterstatter am Bericht „Anwendung der Vertragsbestimmungen im Zusammenhang mit den **Grundsätzen der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit** und der **Rolle der nationalen Parlamente im EU-Gesetzgebungsverfahren**“.

Sein Hauptantrag ist **das Konnexitätsprinzip bei EU-Gesetzen**.

Für Kommunen kann die Umsetzung neuer EU-Rechtsvorschriften sehr kostspielig sein. Es gibt keine finanzielle Entschädigung wie im Falle von Gesetzen der Nationalstaaten. Das will Joachim ändern: Seine Idee ist es, dass Kommunen von der EU eine Entschädigung für die Umsetzung des EU-Rechts erhalten.

Dieser Vorschlag ist ein Paradigmenwechsel. Wenn die Europäische Kommission den Gemeinden neue rechtliche Verpflichtungen auferlegt, sollte sie dafür sorgen, dass Geld zur Finanzierung vorhanden ist. Dies würde die Kapazitäten der Durchführungsbehörden stärken und somit die Umsetzungsrate des EU-Rechts erhöhen und die Fehlerquote verringern.

Unter den anderen konkreten Vorschlägen von Joachim stehen:

- Vollständiges Initiativrecht gemäß Artikel 225 AEUV für das Europäische Parlament, EU-Rechtsvorschriften vorzuschlagen
- Aktivere und systematischere Konsultation der nationalen und regionalen Parlamente in EU-Verfassungsfragen
- Rolle öffentlicher Konsultationen und anderer Formen der direkten Demokratie bei der Gestaltung der neuen EU-Verträge
- KI nutzen, um die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit zu überprüfen

Im ersten Jahr des Mandats wurde MdEP Streit auch das Dossier „**Rechtsstaatlichkeit – Hin zu einem gemeinsamen Verständnis**“ im AFCO-Ausschuss zugewiesen. Er ist Schattenberichterstatter von Renew Europe. Er plant, eine Vielzahl von Themen in diesem Dossier zu behandeln, einschließlich der Ethik in Verwaltungsbehörden, der Einflussnahme auf Wahlen, der Unabhängigkeit der Justiz, der Meinungsfreiheit usw.

MdEP Streit hat im AFCO-Ausschuss bereits einige Fragen aufgeworfen, insbesondere in Bezug auf die goldenen Pässe und die goldenen Visa. Joachim Streit schlägt vor, Ungarn aus dem Schengen-Raum zu entfernen. Er hat die Angelegenheit an die Kommission verwiesen und der Presse mitgeteilt:

[Anfrage zur schriftlichen Beantwortung an die Kommission](#)

FREIE WÄHLER Europaabgeordneter Joachim Streit: [Ungarn aus dem Schengen-Raum entfernen](#)

Darüber hinaus befragte MdEP Streit im September 2024 in der [Sitzung des AFCO-Ausschusses](#) mit dem damaligen ungarischen Ratsvorsitz den ungarischen Minister für EU-Angelegenheiten und den Vorsitzenden des ungarischen Ratsvorsitzes, J. Boka, zur Regelung für goldene Visa in Ungarn. Er fragte, ob der Minister dort kein Problem sehe. Problematisch ist dies aus Sicht der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Werte der EU. Die Rede ist hier

4. Krisenvorsorge ist eine Frage der Verantwortung

Joachim Streit ist Mitglied der **Intergruppe für Katastrophenschutz und Resilienz**.

In Juli 2025 hat er im Namen der Intergruppe im **Ausschuss der Regionen, während der hochrangigen Debatte über Vorsorge und Resilienz**, eine Rede über die Notfallvorsorge gehalten, wo das europäische Katastrophenschutzmechanismus (UCPM) zentral war. Seine Botschaft war: *„Wir haben mit diesem Abkommen der Europäischen Union, das die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und anderen teilnehmenden Ländern im Falle von Katastrophen regelt, ein Instrument in der Hand – es muss nur bekannt, angewandt und umgesetzt werden.“*

Gerade die geforderte europäische Strategie, auf Notfälle wie Naturkatastrophen, Gesundheitskrisen oder Konflikte zu reagieren, kann hier ansetzen. Das Verfahren zielt darauf ab, die Prävention, Vorsorge und Reaktion auf Katastrophen zu verbessern und die Mobilisierung von Rettungsdiensten zu unterstützen.

Joachim Streit bringt eine ganz besondere und direkte Erfahrung in die Arbeit der interfraktionellen Arbeitsgruppe des EPs ein. 2018 haben Joachim und sein Team ein eigenes **Katastrophenschutzzentrum** gegründet, das sich im Zusammenhang mit den katastrophalen Überschwemmungen in Rheinland-Pfalz im Jahr 2021 als äußerst hilfreich erwiesen hat.

Schon als Bürgermeister von Bitburg und Mitglied des Landrats Rheinland-Pfalz war Joachim beim Bevölkerungsschutz sehr aktiv. Durch die nach den Überschwemmungen eingerichtete Enquetekommission „Zukunftsstrategien zur Katastrophenvorsorge“ konnte er als dessen Mitglied den Bürger Vorort helfen.

Heute bringt er sein Engagement für die Rettung von Menschen in Not auf eine neue, europäische Ebene. Er plädiert für die Stärkung des Katastrophenschutzverfahrens der Union, die aktive Nutzung aller EU-Mittel für die Krisenvorsorge durch die nationalen und lokalen Behörden, den verstärkten Einsatz künstlicher Intelligenz und neuer Technologien wie Drohnen zur Vorhersage extremer Naturereignisse und zur frühzeitigen Warnung der Bevölkerung. Zu diesen Themen hat er sich kürzlich **mehreren kollektiven Initiativen, Briefen und schriftlichen Fragen angeschlossen** und die Europäische Kommission zu weiteren Maßnahmen aufgefordert.

5. Deutscher Wein-Sektor vor neuen Herausforderungen

Joachim Streit ist Vize-Präsident von der **Intergruppe Wein, Spirituosen und hochwertige Lebensmittel**.

Zu Beginn der Wahlperiode wurde Joachim Streit zur Schlüsselfigur bei der Mobilisierung der Unterstützung der Mitglieder von Renew Europe für die Wiedereinsetzung der interfraktionellen Arbeitsgruppe für ein aufeinanderfolgendes Mandat. Dies übertrug ihm die Rolle des Vizepräsidenten, die er normalerweise ausübt, indem er an den wichtigsten Veranstaltungsorten über Lebensmittel- und Getränkethemen das Wort ergreift. Einer dieser wichtigen Beiträge war der [Branchentreff der Weinwirtschaft](#), der im Mai 2025 in Trier in den Industrie- und Handelskammern in Rheinland-Pfalz (IHK-Weinausschuss) stattfand.

Bei den Treffen der Vertreter des Weinsektors mit MdEP Streit werden regelmäßig drei Hauptherausforderungen des Weinsektors erwähnt: Klimawandel, internationale Marktinstabilität (insbesondere mit Trumps Zollbedrohungen) und die Verringerung des Weinkonsums.

Im Rahmen dieser Gruppe diskutiert er die Unterstützungsmaßnahmen für den Wein-Sektor. Regelmäßig trifft er sich mit der Branche: Treffen mit Kommissar für Landwirtschaft und Ernährung Christophe Hansen, sowie regelmäßiger Austausch mit Branchenvertretern und Winzern. Joachim schlägt aktiv die Öffnung der Branche für neue Märkte wie Asien und Kanada vor.

Gemeinsam mit seinen Kollegen der interfraktionellen Arbeitsgruppe hat er [die Europäische Kommission aufgefordert](#), den europäischen Weinsektor sowohl international als auch intern zu verteidigen.

Im Rahmen der neuen Zollmaßnahmen der Trump-Administration versucht Joachim Streit, viele Missverständnisse abzubauen und verteidigt folgende Punkte:

- Wein muss weiterhin Teil der laufenden Verhandlungen mit den USA bleiben und nicht von einer Zollausschneide ausgeschlossen werden.
- Unterstützung eines „Zero-for-Zero“-Ansatzes für Wein – also der gegenseitigen Abschaffung von Zöllen zur Förderung eines stabilen, fairen Handels.
- Kommunikation mit den verantwortlichen Verhandlungsführer über die Dringlichkeit dieser Thematik und deren Konsequenzen für die Weinwirtschaft auf beiden Seiten des Atlantiks.

6. Kanada: besser der 28. EU-Mitgliedstaat sein als der 51. Staat der USA

Für die Kanadier ist es offensichtlich, dass das Vertrauen in die USA zerstört ist. Es gibt keinen Weg zurück zur Abhängigkeit von Amerika. Dasselbe ist auch offensichtlich für die Europäer. EU und Kanada müssen eine starke Allianz bilden und die Herausforderungen gemeinsam bewältigen. Deshalb schlägt Joachim der Kommission vor, die **Möglichkeit eines Beitritts Kanadas zur EU zu prüfen**. Das ist seine Eigeninitiative, die er im April 2025 selbst gestartet hat und die seitdem viele Unterstützer versammelt hat. Wenn Kanada Mitglied der EU wäre, würde es in Bezug auf das BIP auf Platz 4 rangieren. Sie ist auch Teil der NATO. Der Beitritt Kanadas zur EU würde einen starken neuen Beitrag zu den Ressourcen der EU bringen und unsere Regionen wohlhabender und wettbewerbsfähiger machen. Joachim spricht über Kanada-Beitritt während der [Sitzung der Delegation für die Beziehungen zu Kanada](#).

Initiative von MdEP Joachim Streit zur [Einrichtung eines politischen Erasmus-Programms zwischen der EU und Kanada](#). Er hat diese Initiative soeben in Form eines Schreibens an die Europäische Kommission übermittelt.

Nach Ansicht von MdEP Streit sollten junge Menschen einen intensiveren akademischen Austausch mit Kanada haben, EU-Angelegenheiten müssen im kanadischen Lehrplan viel stärker vertreten sein und die Beamten Kanadas sollten die Möglichkeit haben, enger mit ihren europäischen Kollegen zusammenzuarbeiten. All dies dient einem Ziel: Kanada näher an die EU heranzuführen. Wenn Kanada in Zukunft ein (assoziiertes) Mitglied der EU wird soll, sollten wir schon jetzt mit der Vorbereitung der Beamten beginnen.

Seine Initiative erhielt eine sehr breite mediale Aufmerksamkeit, Anerkennung von Kollegen im Europäischen Parlament und motivierte viele europäische und kanadische Bürger, Dutzende von Unterstützungsschreiben an ihn zu schicken. Hier sind einige Beispiele für eine gründliche Berichterstattung in den Medien über die Arbeit von Joachim Streit:

RND: [Zerrüttete US-Beziehungen befeuern Beitrittsphantasien: Treibt Trump Kanada in Richtung EU](#)

Börsen-Zeitung: [EU-Kandidat Kanada](#)

Euronews: [Kanada und die EU - ist ein Beitritt möglich?](#)

LaVocediNewYork: [Ein politisches Erasmus für die EU und Kanada: Brücken über den Atlantik bauen?](#)

The Guardian: [Kanada wird nicht der 51. US-Staat werden – aber könnte es der EU beitreten?](#)

Zitat eines Unterstützers: „Vielen Dank für Ihre Führungsrolle bei dieser wichtigen Initiative. In einer Zeit, in der demokratische Nationen ihre Partnerschaften stärken müssen, stellt Ihre Arbeit genau den zukunftsorientierten Ansatz dar, den wir brauchen.“

7. Aufbau internationaler Partnerschaften: Vertretung der Interessen von Eifel, Rheinland-Pfalz, Deutschland, Europa...

Joachim Streit ist Mitglied der **Delegation für die Beziehungen zu Japan**.

Japan ist unser strategischer Partner. Wir sind gleichgesinnt mit gemeinsamen Interessen bei der Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie und der Menschenrechte. Ein solcher Partner wird hoch geschätzt, wenn die internationale Rechtsstaatlichkeit in Frage gestellt wird.

Er ist auch ein Stellvertreter in der **Delegation für die Beziehungen zu den Ländern des Mercosur**.

Dieser Wirtschaftsraum in Lateinamerika ist die fünfte Weltwirtschaft, die 300 Millionen Bürger repräsentiert und derzeit Argentinien, Bolivien, Brasilien, Paraguay und Uruguay umgruppiert. Diese dynamische Region ist für viele deutsche Produzenten von großem Interesse, insbesondere im Wein-, Pharma- und Maschinenbausektor.

Im Rahmen seiner Arbeit in beiden Delegationen fördert Joachim Streit einen engeren Austausch mit den jeweiligen nationalen Verwaltungen zur Erschließung neuer Marktchancen. Die Delegationsdiskussionen gehen oft über die Perspektive des kommerziellen Austauschs hinaus und konzentrieren sich auf die Verteidigung, die Bekämpfung des aggressiven Verhaltens Russlands, den internationalen Austausch von Satellitendaten und die Bündelung von Know-how.

Neben der Teilnahme an den Sitzungen der Delegationen unterhält er regelmäßige Kontakte zu den jeweiligen diplomatischen Diensten in Brüssel.